Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934
1923

101 (29.8.1923)

Visual Library

Erscheint
Montag, Mittwoch und
Freitag.

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. unsere Austräger ohne Bestellgeld monatlich 300 000.— Mk. freibleibend.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftszeit 1/28—5 Uhr, Sonntags geschlossen.

Fernsprechanschluß Nr. 11.

Postscheck-Konto
Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung

Gegründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Aelteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite Millimeter-Zeile 50 000.— Mk. Familien-Anzeigen 40 000.— Mk.
Reklamen: Die 87 mm breite Millimeter-Zeile 150 000.— Mk.
Anzeigen mit Deckadresse oder Ausk. 150 000.— Mk. Sondervergütung. Alle Preise freibleibend.
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs erlischt.
Platzvorschriften werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen sowie für telefonische Aufträge keine Gewähr übernommen.
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen wollen am Tage vorher aufgegeben werden.

№ 101. Mittwoch, den 29. August 1923. 84. Jahrgang

Belgiens Antwort an London.

Belgien fordert noch fünf Milliarden Goldmark.

Paris, 28. Aug. Nach der Havasmeldung aus Brüssel hat der belgische Minister des Aeußern Jaspar gestern dem englischen Botschafter die Antwort der belgischen Regierung auf die englische Note vom 11. August übergeben.

Es heißt darin, die belgische Regierung gehe in ihrer heutigen Antwort nur auf gewisse Punkte der englischen Note ein, besonders auf den Punkt, der den Vorrang der belgischen Ansprüche betrifft und der in Belgien einen peinlichen Eindruck gemacht habe. Dann heißt es weiter:

Die belgische Regierung zieht es vor, der Diskussion über

die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung

keine neue Konfliktnahrung zu geben, da andere wichtigere Fragen die Aufmerksamkeit der Alliierten beanspruchen. Die belgische Regierung erinnert an die einfache Wirtschaftskontrolle und die unsichtbare Besetzung, die ursprünglich im Ruhrgebiet durchgeführt werden sollten und weist darauf hin, daß, wenn der Charakter des Unternehmens geändert werden mußte, der Grund dafür in dem Widerstand liegt, den die deutsche Regierung organisiert habe, Für den Fall, daß **der Widerstand zur Einstellung gelangt**, ist die schrittweise Rückkehr zu der Lage vom Januar vorgesehen. Das Pfand könnte dann Gegenstand einer interalliierten Kontrolle werden. Die Räumung des Ruhrgebietes werde in dem Maße durchgeführt, in dem Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfülle. **Belgien kann also die ihm zugeschriebene Absicht, endgültig im Ruhrgebiet zu bleiben, nicht zugeben**, ebensowenig kann es gestatten daß ihm die Absicht unterstellt werde, den Vorschlag der englischen Regierung betr. die Inbetriebnahme gewisser produktiver Pfänder in Deutschland unter interalliierter Kontrolle nicht in Erwägung zu ziehen, da ja die belgische Regierung keinerlei bestimmte Angaben über den etwaigen Charakter und der Art dieser Pfänder erhalten habe.

Dann kommt die Note, auf den Vorrang der belgischen Ansprüche zu sprechen und erinnert England daran, daß Belgien während des Krieges der Vorrang seiner Ansprüche zugebilligt wurde.

Im zweiten Teil der Note liefert die belgische Regierung ergänzende Ausführungen zu ihren Vorschlägen vom 30. Juli 1923 betr.

die Lösung der Reparationsfrage.

Sie stellt fest, daß im Laufe des jüngsten Meinungsaustausches Fortschritte auf dem Wege gemacht seien, der zur Verständigung der Verbündeten führen müsse.

Es sei eine einmütige Zustimmung erreicht hinsichtlich der engen gegenseitigen Abhängigkeit zwischen der Reparationsfrage und dem Problem der alliierten Schulden. Ferner die Zustimmung zu dem Grundsatz, daß, wenn es richtig wäre, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands in Erwägung zu ziehen, es auch recht und billig wäre, diejenige der Gläubiger Deutschlands zu berücksichtigen.

Die deutsche Schuld, wie sie am 15. Mai 1921 festgesetzt wurde, könne in Verbindung mit der gegenseitigen Streichung der interalliierten Schulden **beträchtlich herabgesetzt werden.** Die belgischen technischen Studien, die den Alliierten unterbreitet worden seien, setzen auseinander, mit welchen Mitteln Deutschland nach einer Uebergangsperiode im Stande sein werde, Jahreszahlungen zu leisten, die dieser herabgesetzten Ziffer entsprächen. Auf Grund der Vereinbarungen von Spa und des Londoner Zahlungsplanes, habe Belgien Anspruch auf folgende deutsche Leistungen:

Aus den Schuldverschreibungen A und B: 8 Prozent von 50 Milliarden;

ferner aus den Schuldverschreibungen C: 8 Prozent von 82 Milliarden.

Wenn nun beschlossen werde, die dem Worte der interalliierten Schulden entsprechenden Schuldverschreibungen C ganz oder teilweise zu streichen, so sehe sich Belgien seiner Ansprüche auf die Schuldverschreibungen C beraubt. Da es keine Schulden mehr an seine Alliierten habe, würde es für die Streichung seiner Schuldverschreibungen C keinerlei Gegenwert erhalten. Deshalb habe Belgien das Recht, Revision der Verteilungssätze zu verlangen, falls die Schuldverschreibungen C ganz oder teilweise gestrichen werden sollten. Es wäre nach Ansicht der belgischen Regierung recht und billig, wenn der belgische Anteil für den Fall, daß die Schuldverschreibungen C gestrichen werden, auf 13 Prozent festgesetzt werde. Belgien hätte dann einen Anspruch auf 13 Prozent der Schuldverschreibungen A und B, d. h. auf 6½ Milliarden Goldmark. Da es schon 1½ Milliarden Goldmark erhalten habe, würden ihm noch weitere

fünf Milliarden Goldmark

zustehen.

Zusammenfassend glaubt die belgische Regierung, daß zur Zeit die Erörterungen hinreichend fortgeschritten seien, damit freundschaftliche und vertrauliche Verhandlungen zwischen den alliierten Ministern aufgenommen werden können, ohne daß es sich dabei selbstverständlich um eine Konferenz im eigentlichen Sinne des Wortes zu handeln brauche. Wie soeben angegeben, sei ja in der Tat in mehreren Punkten eine Verständigung erzielt worden. Die belgische Regierung betont schließlich noch einmal, welches Interesse Belgien an einer Lösung der Sicherheitsfrage habe. Solange die Sicherheit derjenigen Länder, in die im Kriege der Feind eingedrungen sei, nicht gewährleistet sei, werde es weder Ruhe noch Frieden geben, noch die Möglichkeit bestehen, die Rüstungen einzuschränken. Die belgische Regierung gebe dem Wunsche Ausdruck, auch über diese Frage in London zu verhandeln.

Poincares Sonntagsrede.

Antwort an Stresemann.

Paris, 25. Aug. In seiner Rede in Chassey entwarf Ministerpräsident Poincare ein Schreckensbild dessen, **was geschehen wäre, wenn Deutschland im Weltkrieg den Sieg davongetragen** hätte. Nachdem er die Länder aufgezählt hatte, die Deutschland unterjocht haben würde, betonte er die Mäßigung, die Frankreich Deutschland gegenüber gezeigt habe. Dann kam er auf die Leistungen Frankreichs im Jahre 1871 zu sprechen und berührte am Schlusse die **Rede des Reichskanzlers Dr. Stresemann** mit folgenden Ausführungen: Die Reparationskommission habe die wirklich geleisteten Zahlungen gewissenhaft bewertet und bei ihren Feststellungen sei sie immer einmütig gewesen, Es sei also eitel, zu behaupten, daß Deutschland bereits 42 Goldmilliarden geleistet habe oder auch nur 25 Milliarden wie es ein wirtschaftliches Institut in Washington angegeben habe, dessen Existenz festzustellen ihm bisher nicht möglich gewesen sei. Diese Schätzungen zeigten auf alle Fälle, zu welchem wunderbaren Ergebnis man kommen würde, wenn jemals internationale Sachverständige damit beauftragt werden sollten, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu bemessen, Und er brauche nicht zu sagen, daß Frankreichs Ansicht sich in diesem Punkte **nicht** ändern könne. **Man bezahle uns, oder wir bleiben.** Havas teilt mit, in politischen Kreisen spreche man sich sehr zurückhaltend bezüglich des Eindrucks der Rede des Reichskanzlers Dr. Stresemann aus. Man beschränke sich nur darauf, festzustellen, daß seine Worte sich im Ton von denen seines Vorgängers unterscheiden und daß sie keine Ablehnung eines Verständigungsversuches darstellt. Man bedauere, daß keine Anspielung auf das **Aufhören des passiven Widerstandes gemacht worden sei**, Auch bezüglich der produktiven Pfänder sei nichts neues vorgebracht worden. Die große Differenz in der Bewertung der Sachlieferungen zwischen den Ziffern der Reparationskommission von 7 Milliarden, der amerikanischen von 26 Milliarden und der deutschen von 42 Milliarden könne nur aus einer zu hohen Bewertung der deutschen Güter erklärt werden.

Paris, 26. Aug. Bei der Einweihung einer Tafel zur **Erinnerung an das Eintreffen der ersten amerikanischen Truppen in Frankreich** hielt Ministerpräsident Poincare in Gondrecourt eine Rede. Er bedauerte, daß die im Kriege bewährte Einigkeit im Frieden nicht den Charakter und die Stärke einer Allianz behalten habe. Der amerikanische Senat hat den Versailler Vertrag nicht ratifiziert und die Vereinigten Staaten hätten die Zeit für gekommen erachtet, sich nicht länger mit Angelegenheiten zu beschweren, an denen sie nicht unmittelbar beteiligt seien. In der großen Mehrheit halte das amerikanische Volk Frankreichs Vorgehen wegen der deutschen Zahlungen für berechtigt.

*

Man ist halbamtlich darauf vorbereitet worden, daß die Rede Poincares diesmal nicht in dem Maße wie diejenigen, die er am vergangenen Sonntag in Charleville hielt, als politische Kundgebungen anzusprechen seien. Da selbst die französische Presse im Wesentlichen darin übereinstimmt, die Bedeutung dieses letzteren Rede sei in dem zu suchen, was Poincare nicht ausgesprochen hätte, darf man vor allen Dingen feststellen, daß seine jüngsten Ausführungen weder in noch zwischen den Zeilen den Tatsachen der politischen Lage etwas hinzufügen. Der in Wiederholungen Unermüdliche hat auch diesmal dreimal das Wort ergriffen. Er hat ein phantastisches Bild von einem hypothetischen Europa entworfen, wie es der Sieger im Weltkrieg gestaltet hätte — wenn dieser Sieger Deutschland gewesen wäre. Diese Schreckensbilder, die in der Welt der Tatsachen nicht einmal den Wert haben, die Müßigen zu unterhalten, sind, wie man errät, dazu bestimmt, die französische Gewaltherrschaft im Ruhrgebiet in den Schatten zu stellen. Es ist immerhin bemerkenswert, daß ein Politiker, der sich schmeichelt, die englische Rechtsauffassung in der Ruhrfrage ad absurdum geführt zu haben, das Bedürfnis empfindet, die Besetzung des Ruhrgebiets als eine Revanche für hypothetische Uebergriffe eines Besiegten zu rechtfertigen. Poincare, der es vermeidet, das heutige Deutschland zu beschimpfen, möchte diesem die Ruhrbesetzung durch das Beispiel Frankreichs in den Jahren nach 1871 annehmbar machen. Er verzichtet nicht auf diesen Vergleich und verschließt sich der Tatsache, daß nichts so sehr wie die Drohung „bezahlt — oder wir bleiben im Ruhrgebiet" durch die kredit- und kapitalzerstörenden Wirkungen, die gerade von hier ausgehen, diesem Vergleich den letzten Schein von Vernunft und Rechtmäßigkeit nimmt. Die praktische Politik, die der deutsche Reichskanzler mit seiner Rede vom vergangenen Freitag anbahnte, hat in diesem Rahmen keinen Platz. So begnügt sich Poincare damit, den rückblickenden Teil dieser Rede, der die bisherigen deutschen Wiederherstellungsleistungen zum Gegenstand hatte, abzulehnen, ein Kapitel das nach dem eigenen Zugeständnis der französischen Regierungspresse nicht abgeschlossen ist.

Das gute Frankreich.

Paris, 27. Aug. Nach einer Havasmeldung hat der Minister für die befreiten Gebiete, Reibel, in einer Rede in Arres erklärt, daß Frankreich keinen Haß gegen Deutschland habe, sondern daß es nur die von der Gerechtigkeit geforderten Reparationen wolle. Frankreich habe bereits 55 Milliarden für den Wiederaufbau verwendet, der noch ungefähr 45 Milliarden erfordere. Frankreich, das man imperialistisch nenne, fordere vor allem **Ordnung und Frieden** und sei entschlossen, sich gegen jedermann zu wenden, der die Schrecknisse wieder aufleben lassen wolle, wie die, unter denen es so schwer gelitten habe.

Die Umkehrung von: „bezahlt oder wir bleiben".

Paris, 27. Aug. Zur letzten Rede Poincares schreibt der Temps u. a.: In der Warnung, die Poincare an Deutschland gerichtet habe, sei noch der Gedanke enthalten, der ausgesprochen sei in den Worten: „Bezahlt, oder wir bleiben!" Damit habe er auch gesagt: **Wir werden abziehen, wenn ihr bezahlt!** So stelle das feierliche Wort, das der Leiter der französischen Regierung heute ausgesprochen habe, von neuem jene gehässigen Verleumdungen in Abrede, nach denen Frankreich nicht die Absicht habe, seine Reparationen einzuziehen, sondern fremdes Gebiet sich anzueignen. — Man hat aber, nach Poincares Aeußerungen, die Forderung so hoch angesetzt, daß Deutschland unmöglich zahlen kann. Die Absicht ist somit klar, man will bleiben.

Poincare und Baldwin.

London, 27. Aug. Ministerpräsident Baldwin ist heute zur Erholung in einen Badeort nach Frankreich abgereist. Ueber eine Zusammenkunft Baldwins mit Poincare verlautet noch nichts bestimmtes. Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien" will jedoch wissen, daß bestimmt eine Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten stattfindet, und daß man sich von dieser Zusammenkunft eine gute Wirkung für die Entwicklung der europäischen Lage verspricht. Die neueste Sonntagsrede Poincares habe in London einen guten Eindruck gemacht. In maßgebenden Londoner Kreisen sei der Optimismus wieder stärker geworden, zumal auch die Rede des deutschen Reichskanzlers in London günstig beurteilt werde.

Der englische Ruf nach der Finanzkontrolle.

London, 26. Aug. Der Präsident des Handelsamts Greame legte bei einem Frühstück in der Handelskammer von Aberdeen die Politik hinsichtlich der Reparationsfrage dar. Er erklärte, es sei unsinnig und beleidigend, anzunehmen, daß eine Regierung eine deutschfreundliche Haltung annehmen würde. Die Ziele der britischen Polittik seien: erstens von Deutschland den höchsten Betrag an Reparationen auf die wirksamste und rascheste Art zu erhalten; zweitens geordnete, stetige Verhältnisse in Europa zu schaffen, die den Nationen gestatteten zu arbeiten und Handel zu treiben; drittens die Erzwingung von Reparationen zu sichern durch wirksame Garantien, von denen die wichtigste die Kontrolle der deutschen Finanzen sei, ohne die nach seiner Ansicht die deutsche Währung nicht stabilisiert und eine angemessene Besteuerung nicht erreicht werden könnte.

Die zwei Wege.

Paris, 27. Aug. Harve beschäftigt sich in der „Victoire" mit dem Kabinett Stresemann und meint, daß am Rande des Abgrundes die Deutschen, die noch nicht völlig den Kopf verloren hatten, sich endlich entschlossen hätten ihre Zuflucht zur großen Koalition zu nehmen. Das neue Kabinett habe nur die Wahl zwischen zwei Wegen. Der eine sei der Weg des Widerstandes gegen den Versailler Friedensvertrag, die Fortsetzung des passiven Widerstandes, bei dem die englische Regierung die Infamie — man könne auch, wenn man das vorziehe, Dummheit sagen — gehabt habe, ihn zu ermuntern. Man brauche nicht Hexenmeister zu sein, um zu vermuten, wohin dieser Weg führe: Zum Wiederaufleben der Inflation, zu Ausständen, die durch das teure Leben hervorgerufen werden würden, zu einem monarchistischen Staatsstreich, dem eine bewaffnete Erhebung gegen Frankreich folge, zu einer diesmal raschen und vollständigen militärischen Vernichtung Deutschlands durch Frankreich und seiner Verbündeten auf dem Kontinent, zur Einverleibung von Danzig und Ostpreußen in Polen und zur Bildung eines völlig unabhängigen Rhein- und Ruhrstaates, d. h. zur Zerstückelung Deutschlands, möge das nun Lord Curzon oder Lloyd George gefallen oder nicht. Der zweite Weg, den Deutschland gehen könne, sei der Weg der **loyalen Ausführung** des Versailler Friedensvertrages mit sofortiger Einstellung des Widerstandes im Ruhrgebiet (!) Dieser Weg führe zur unsichtbaren (!) Besetzung des Ruhrgebiets, zur schrittweisen Räumung, sobald Deutschland seine Zahlungen begonnen habe, zu Verhandlungen zwischen der lothringischen Eisenindustrie und der deutschen Kohlenindustrie des Ruhrgebiets, zur Bildung einer **autonomen rheinischen Republik** (!), die nicht mehr zu Preußen gehöre, aber mit dem Rest der deutschen Republik verbündet sei und schließlich einmal zu einer französisch-deutschen Wiederannäherung. (!)

Worte ruhiger Vernunft.

London, 27. Aug. Garvin schreibt im „Observer", es sei sicher, daß das neue deutsche Ministerium unter Stresemann wünsche, den Streit zu beenden, wenn die **politische Vernunft** dies tun könne. Poincare bestehe weiterhin auf **zwecklosen Erniedrigung** und fordere die bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes und dabei wisse er, so gut wie man dies in England wisse, daß dies der Weg sei, um jede stabile deutsche Regierung unmöglich zu machen und die Auflösung Deutschlands zu fördern. Dies sei es auch, was Poincare erwarte und sein Wunsch sei der Vater dieses Gedankens. Garvin stimmt Baldwin und seinem Kabinett zu, daß sie sich Zeit nähmen, ihre Aktion kühl zu überlegen, bevor sie einen weiteren Schritt täten. Garvin hofft, daß eine Unterwerfung unter die Methode Poincares

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nicht in Frage komme und daß keine Zusammenkunft stattfinden werde, bevor der britische Premierminister seinerseits sich bezüglich der Alternative entschlossen habe. England müsse sich jetzt eine eigene vernünftige Ansicht über die Reparations- und Schuldenfrage, das Ruhrgebiet und Rheinland sowie die Zukunft Europas bilden und diese Ansicht der Welt mitteilen. England könne die militärische Räumung des Ruhrgebiets nicht erzwingen. Es sei jedoch Pflicht der britischen Regierung, ihre Ansicht über die Bedingungen zu veröffentlichen, unter denen das Ruhrgebiet geräumt und seine wirtschaftliche Freiheit wiederhergestellt werden müßte. **Poincare habe Frankreich bereits so viel gekostet, wie ein zerstörter Distrikt.** Garvin kommt zu dem Schluß, daß nichts die Zukunft Europas retten könne als die endgültige Einstellung des Krieges nach dem Kriege und das **Zusammenwirken Englands, Frankreichs und Deutschlands.** In Berlin befinde sich jetzt in der Person Stresemanns ein fähiger, geschickter, mutiger und entschlossener Mann an der Spitze der Geschäfte, der bereit sei, dem Wahnsinn der Inflation Einhalt zu gebieten und die finanzielle Ordnung wiederherzustellen. Eines könne jedoch weder Stresemann noch irgend ein anderer Deutscher tun: **Sie könnten der Zerstückelung ihres Landes in irgend einer Form nicht zustimmen.** Das Ruhrgebiet und ebenso das Rheinland müßten integrale Teile des deutschen politischen und wirtschaftlichen Systems bleiben. Wenn die Deutschen zahlen sollten, so müßten sie dieselbe Freiheit haben, die Mittel der Bezahlung zu organisieren, wie sie Frankreich nach 1871 besaß.

Der Ruhrkrieg.

Französische Unmenschlichkeit.

Köln, 27. Aug. Trotz der Verordnung des Generals Degoutte, nach welcher Kranke, über 60 Jahre alte Personen und hoffende Frauen über den 7. Monat ihrer Schwangerschaft hinaus nicht mehr ausgewiesen werden sollen, befanden sich unter den am 14. August aus der Umgebung von Landau ausgewiesenen 200 Personen eine große Anzahl Kranke, Kinder, außerdem zwei hochschwangere Frauen und mehrere über 60 Jahre alte Eisenbahner. Für zwei Kinder, von denen das eine **mit 41 Grad Fieber** in einem Gipsverband lag und das andere schwere Brandwunden an beiden Oberschenkeln hatte, war eine Fristverlängerung für die Ausweisung beantragt worden, die jedoch von den Franzosen **rücksichtslos abgelehnt** wurde.

Die verschärfte Grenzsperre bis 19. Sept.

Münster, 26. Aug. Durch weitere Heranziehung von Truppenverstärkungen ist die angedrohte verschärfte Grenzsperre bereits heute in Kraft getreten. Die Sperre wird durch die neueingetroffenen Truppen in außerordentlich verschärfter Form durchgeführt. Dem städtischen Bezirksamt in Dortmund wurde mitgeteilt, daß in Uebereinstimmung mit der Interalliierten Rheinlandkommission die **Sperre am 19. September um Mitternacht aufgehoben wird.**

Die München-Gladbacher Tagung der Sonderbündler.

Protestkundgebung der Bevölkerung. Ernste Zwischenfälle.

Köln, 28. Aug. Eine der sonntäglichen Propagandaversammlungen der rhein. Separatisten hatte in München-Gladbach einen ernsten Zwischenfall mit der Volksmenge zur Folge. Die Halle, in der die Separatistenversammlung stattfand, wurde nach und nach von einer aus etwa 25 000 Köpfen zählenden Menge umgeben, die sich aus allen Teilen der Bevölkerung zusammensetzte. Die Menge blieb zunächst ruhig. Als sich dann aber die Sonderbündler an dem Saaleingang zeigten, wurden sie **mit Stöcken zurückgetrieben.** Darauf schossen die Separatisten aus den Eingängen heraus und verletzten einige Personen. Die deutsche Polizei trat dazwischen, so daß sonstige Aktionen der erregten Menge, die die Halle stürmen wollte, verhindert wurden. Es wurden dann **Ansprachen gehalten, die der Treue zum Deutschen Reiche Ausdruck** gaben und immer wieder wurden patriotische Lieder gesungen. Unter großem Jubel wurde dann schließlich eine Resolution angenommen, in der mit größter Schärfe die **Provokation des Verräters Dr. Dortens zurückgewiesen wird.** Als danach auswärtige Sonderbündlergruppen mit grün-weiß-roten Fahnen vom Bahnhof her anmarschierten, wurden die Fahnen niedergerissen. Schließlich schritten die Belgier ein, erzwangen mit Gummiknüppeln und Pistolen den Separatisten den Zugang zum Saal und übernahmen den Schutz der Versammlung. In der Versammlung sprach u. a. auch ein katholischer Geistlicher, Dr. Kramer, der neuerdings zu den eifrigsten Agitatoren der Dortengruppe gehört. — Zu diesen Vorgängen meldet Havas aus Koblenz, daß die Belgier gegen die **deutschen Behörden einschreiten wollen** mit der Beschuldigung, daß diese Behörden die Ordnung nicht aufrecht erhalten hätten.

Die russischen Monarchisten in Belgien.

z Die Organisation der russischen Monarchisten in Belgien ist eine sehr umfangreiche. In Brüssel, Lüttich, Gent und Antwerpen besitzen sie große Vereine, deren Mitgliederzahl zwischen 4 und 5000 schwankt. Sie stehen in vollstem Einverständnis mit den wallonischen Industriekreisen und bekommen von diesen Kreisen völlige Unterstützung. Die Bevölkerung ist diesen Leuten sehr abhold, weil sie es nicht unterlassen können, stets in eigentlich nur französisch interessierten Kreisen einzugreifen. Sie sind alle durchaus französisch gesinnt und halten stets mit den höchsten Kreisen Feste und Bazare. Die Flamen betrachten diese Russen als gefährlich und die Flamenpresse bringt dauernd Klagen über die Umtriebe dieser Entwurzelten. Diese Russen verfolgen als erstes Ziel die Macht der Sowjets zu untergraben, die Propaganda dieser Machthaber lahm zu legen und eine Gegenrevolution vorzubereiten. Sie stehen in engster Verbindung mit französischen Staatsmännern und haben eine Art Programm der Zusammenarbeit mit Frankreich, im Falle einer Rückkehr zur Macht. Dieses Programm richtet sich wohl in erster Linie gegen Rußland im Hinblick auf Vorderasien und Indien.

Das Kapitel Deutschland spielt hierbei insoweit eine Rolle, als diese Russen davon träumen, von Deutschland die nötigen Reparationen für den Wiederaufbau ihrer Macht zu fordern, durch Annulierung der Sowjetverträge Frankreichs Macht zu unterstützen und dem eigenen Lande eine Schein-Wiederherstellung vorzuschwindeln, um ihre eigene Macht wieder herzustellen.

Die landwirtschaftliche Ausstellung in Moskau.

Ein großer Erfolg der deutschen Sektion.

Moskau, 27. Aug. Gestern wurde die Auslandsabteilung der landwirtschaftlichen Ausstellung in Moskau eröffnet. Die Volkskommissare Tschitscherin und Krassin hielten in der deutschen Abteilung feierliche Ansprachen, in denen sie die **Wichtigkeit der deutschen Industrie für den russischen Markt hervorhoben.** Die Volkskommissare begannen ihre Besichtigung mit dem separaten Pavillon von Johann Becker A.-G. Berlin-Charlottenburg und der Besichtigung der landwirtschaftlichen Musterfarm, welche die Becker-Gesellschaft aufgestellt hat. In diesem Pavillon befinden sich auch die Erzeugnisse des Kalisyndikats, der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Flöther, der Gesellschaft Rotophot in Berlin, deren Präsident das Reichswirtschaftsmitglied Hans Kraemer ist, sowie einer Reihe hervorragender großindustrieller Firmen. Die deutsche Sektion der Auslandsabteilung der Moskauer Ausstellung scheint einen großen Erfolg zu bedeuten und der Anbahnung kommerzieller und wirtschaftlicher Beziehungen in jeder Richtung Vorschub zu leisten.

Das Ende der englischen Farbstoff-Industrie.

London, 28. Aug. Professor Green, der leitende Chemiker der englischen Farbstoffindustrie, hat sein Amt niedergelegt, weil er der Ansicht ist, **daß es nicht möglich sei, mit kaufmännisch und technisch vollkommen ungenügenden Kräften** eine englische Farbstoffindustrie ins Leben zu rufen. Professor Green, der seine **Ausbildung in Deutschland erhielt,** bringt durch diese Erklärung den mit umfangreichen staatlichen Unterstützungen im Kriege zuerst unternommenen **Versuch eine Farbstoffindustrie ins Leben zu rufen, zu einem wenig ruhmreichen Abschluß.**

Die Ohnmacht der Internationale.

Bern, 27. Aug. Gestern trat hier das Zentralkomitee der Metallarbeiterinternationale zu einer dreitägigen Sitzung zusammen. Dißmann-Deutschland, der über die Ruhrbesetzung sprach, forderte die Delegation auf, nach ihrer Rückkehr in die Heimat auf schleunige Aufnahme von Verhandlungen hinzuwirken. Die Haltung des internationalen Gewerkschaftsbundes in der Ruhrfrage **konnte nicht befriedigen.**

Die Zusammenarbeit zwischen Reich und Bayern.

Berlin, 27. Aug. Reichskanzler Dr. Stresemann ist heute vormittag von seiner Reise nach Bayern wieder in Berlin eingetroffen. Wie ihr Korrespondent erfährt, hat sich der Reichskanzler über das Ergebnis seines Besuches beim bayerischen Ministerpräsidenten in Mittenwald **sehr befriedigt geäußert und hat in völliger Uebereinstimmung** mit dem offiziösen Kommuniqué das über diese mehrstündige Aussprache ausgegeben worden ist, erklärt, daß in grundsätzlicher Uebereinstimmung die Voraussetzungen für ein geeignetes Zusammenarbeiten zwischen dem Reich und Bayern erneut festgelegt worden ist. Verlauf und Resultat der Mittenwalder Besprechungen haben auf beiden Seiten den Wunsch geweckt, häufiger derartige mündliche Aussprachen stattfinden zu lassen und es ist anzunehmen, daß Reichskanzler und bayerischer Ministerpräsident dauernd in persönlicher Fühlung bleiben werden. Am Sonntag hat der Reichskanzler Gelegenheit gehabt, bei einem Diner, das in den Räumen des Gesandten von Haniel stattfand, auch andere Mitglieder der bayerischen Regierung wie den Minister des Innern Dr. Schweyer, den Justizminister Dr. Gürtler sowie die Führer sämtlicher Fraktionen des bayerischen Landtags von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten zu sprechen. Auch über diese persönliche Begegnung mit den bayerischen Parteiführern scheint der Reichskanzler durchaus zufrieden zu sein. Wie wir hören, hat der Reichskanzler die Absicht, in der gleichen Art, wie mit dem bayerischen Ministerpräsidenten auch mit den Regierungen anderer Freistaaten in persönliche Fühlungnahme zu treten.

Der Fall Havenstein.

Berlin, 26. Aug. Die **Frage des Rücktritts** des Reichsbankpräsidenten Havenstein ist bis jetzt noch immer nicht geklärt. In den verschiedenen Unterredungen, die Dr. Havenstein während der letzten Tage sowohl mit dem Reichspräsidenten als auch mit dem Reichskanzler hatte, wurde ihm die Notwendigkeit eines Wechsels in der Leitung der Reichsbank angedeutet. Der Reichsbankpräsident hat aus diesen Aufforderungen jedoch bisher noch nicht die Konsequenzen gezogen. Gestern wurde Havenstein erneut vom Reichspräsidenten empfangen, wobei er abermals die bisherige Finanzpolitik der Reichsbank verteidigte und seine Pläne für die Zukunft darlegte. In unterrichteten Kreisen hofft man, daß sich die Angelegenheit ohne eine Einberufung des Reichstags erledigen wird.

Vorläufig kein Streik bei der Reichsbank.

Berlin, 27. Aug. Obwohl die Abstimmungsergebnisse über einen eventuellen Streik bei der Reichsbank zu Gunsten des entlassenen Betriebsrates Großmann aus der Provinz noch nicht vollständig vorliegen, darf es nach den Berliner Abstimmungsergebnissen als sicher gelten, daß der Betriebsrat noch einmal die **Intervention des Reichsarbeitsministeriums** in Anspruch nehmen wird. Man rechnet also damit, daß es vor der Entscheidung des Landgerichts wegen Großmann nicht zu einem Streik bei der Reichsbank kommen wird.

363 Billionen.

Die starke Beanspruchung der Reichskasse durch die der Geldentwertung angepaßte Besoldungserhöhung hat in der zweiten Augustdekade zu einer außerordentlich starken Erhöhung der schwebenden Schuld geführt. Hatte sie sich in der Zeit vom 1. bis 10. August mehr als verdoppelt und den Stand von 117,3 Billionen erreicht, so ist in der zweiten Augustdekade eine **Verdreifachung** dieses Standes eingetreten. Die Zunahme betrug 246,2 Billionen Mark, so daß der Stand am 20. Aug. 363,5 Billionen Mark war. Auf der anderen Seite erscheinen in der Berichtdekade Einnahmen an Steuern, Zöllen und Gebühren mit 1,77 Billionen Mark und eine Einnahme aus der fundierten Schuld in Höhe von 2,57 Billionen Mark, offenbar die ersten Einzahlungen auf die Goldanleihe. Auf der Ausgabeseite nahm die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen in ausländischer Währung auf Grund des Friedensvertrages die Summe von 3,67 Billionen in Anspruch, die übrige Reichsverwaltung erfordert 169,4 Billionen, die Verzinsung der schwebenden Schuld 15,4 Millionen Mark. Das Defizit der Betriebsverwaltungen betrug in der Berichtsdekade 62,1 Billionen Mark.

Gegen den „Vergnügungstaumel."

Berlin, 27. Aug. In letzter Zeit mehrten sich die Klagen, die beim Polizeipräsidium einliefen und gegen Vergnügungen in öffentlichen Lokalen Stellung nahmen, die dem Ernst der Zeit nicht entsprechen. Das Berliner Polizeipräsidium hat sich nunmehr **entschlossen, schärfer vorzugehen.** Die Polizei beabsichtigt in den nächsten Tagen ein strenges Verbot aller Nackttänze,

---

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Runkel.

Nachdruck verboten.

7)

Aber Sie finden außer ihm noch einige Herren in Tätigkeit, die damals in den, von Ihnen nicht mehr beachteten unteren Klassen wirkten. Also, mein lieber Kollege, Ordinariat in Quinta und, damit Sie nicht gar zu ärgerlich sind, Deutsch in Prima und den beiden Sekunden. Mit dem Herbst entlaste ich Sie dann in der Quinta — selbstverständlich nehmen Sie dort noch neben dem Lateinischen Deutsch und Geschichte, damit Sie das kleine Volk ganz in der Hand haben — und vom Herbst ab, wo unser alter Pfarrer in Pension geht, übertrage ich Ihnen noch die Religion in den oberen Klassen. Behagt Ihnen das Programm?"

„Ich bin Ihnen aufs Herzlichste dankbar, Herr Direktor, das ist ja mehr, als ich erwartet, ja als ich zu hoffen gewagt hatte."

„Unsere Schule ist klein, die beiden Primen kombiniert. Sie wissen ja, da ist die häusliche Tätigkeit nicht so gefährlich. Sie werden im ganzen vielleicht fünfzig bis sechzig Aufsätze zu korrigieren haben. Und nun wollen wir das Amtliche beiseite lassen und nach den „drei Hasen" zum Frühschoppen gehen. Sie sind natürlich heute zu Tisch mein Gast. Meine liebe Frau freut sich schon sehr... ich darf nicht verraten, wer es ist, damit Sie Ihre Ueberraschung haben."

Der Direktor stand auf, zog sich den leichten Paletot an, klingelte dem Pedell, der sogleich mit der Mütze in der Hand in der offenen Tür erschien und die Weisung erhielt:

„Was noch etwa kommt, Gerhard, schicken Sie mir nachmittag in meine Wohnung."

„Schön, Herr Direktor, aber Anmeldungen doch nicht?"

„Nein, Anmeldungen nicht."

Die beiden Herren verließen das Haus und schlenderten langsam hart an der Kaserne vorüber, immer weiter, bis sie schließlich in die Vorstadt von Kattenhausen kamen, wo die kleine Honoratiorenkneipe „zu den drei Hasen" lag.

Ein echt hessisches Haus mit übergebauter erster Etage, einer kleinen, schmalen Eingangstür, die von zwei Straßenecken auf den holprigen mit Steinpflaster belegten Vorflur mündete. Auf der einen Seite die Bauernstube, auf der anandern das Honoratiorenstübchen. Die Decke hing niedrig herab, und die kleinen Fenster gestatteten dem Licht so wenig Eintritt, daß im Hintergrunde stets eine Gasflamme brennen mußte. Die Dielen waren ausgetreten, aber blütenrein gescheuert und mit weißem Sand bestreut. Große Tische ließen nur einen ganz schmalen Gang durch das Stübchen frei und waren jetzt fast alle besetzt. Handgewebte Spessarter Tischdecken brachten mit ihren bunten Farben etwas Lebendiges in die Monotonie der altertümlichen Gaststube.

Der Direktor wurde vom Wirte begrüßt, und vor dem fremden Herrn, der ihm als „unser neuer Oberlehrer" bezeichnet wurde, machte er eine tiefe Verbeugung; dann aber plötzlich erwachte das Verständnis in ihm, und in zweifelndem Ton fragte er:

„Das ist doch der Max vom Wolfgang... natürlich, es hat ja auch in der Zeitungen gestanden" und damit schüttelte er ihm herzlich die Hand.

„Sie kennen mich doch noch, Herr Doktor? Sind Sie doch manchmal mit Ihrem Herrn Vater hier hereingekommen, wissen Sie noch, Sie aßen immer so gerne die braungebackenen Brötchen mit Kümmel und Salz!"

„Ei gewiß erinnere ich mich noch, Herr Reusch, trotzdem das schon sehr lange her ist."

Ja, an die zwanzig Jährchen mögen das sein. Und dann kamen Sie öfter mit dem Herrn Forstmeister, oder auch mit Fräulein Molly, um den Herrn Forstmeister abzuholen, nicht wahr?"

„Ja, ja, es ist richtig."

„Nun," fuhr der Wirt redselig fort, „der jetzige Herr Oberförster kommt sicher heut auch noch, und Fräulein Molly, die ja jetzt Frau Oberförster ist, können Sie dann vorüberkutschieren sehen, sie sind heute früh in die Stadt herein. Sie werden sich gewiß freuen, den alten Freund und Hausgenossen wiederzusehen. Ja, wie sich die Zeiten ändern."

Damit waren die beiden Herren an den runden Tisch getreten und hatten allen die Hände geschüttelt. Fremde Gesichter und bekannte Gesichter sah Max jetzt vor sich, Bürger und Offiziere der Garnison. Ein dürrer Hauptmann stand auf und schlug die Hacken zusammen. Max erkannte ihn sogleich, es war der lange Herbeck, der vom Gymnasium abgegangen war, als er in die Obertertia eintrat. Sie sagten trotz des Altersunterschiedes du zueinander. Dann der Rechtsanwalt Prollius, Altersgenosse und Jugendfreund von Max, der ihn sogleich in Beschlag nahm, ihm die Hand auf die Schulter legte und ihn neben sich auf den Stuhl zog.

„Das ist nett von dir, alter Kerl, daß du zu uns zurückgekommen bist, hier ist es doch immer noch am schönsten. Warte nur erst, wenn es wärmer geworden ist, dann finden wir uns draußen beim König in der Badeanstalt am Main alle wieder zusammen. Was ein bischen was ist, geht dort hinaus um zwölf Uhr."

Es waren auch noch einige ältere Herren da, die den neuen Oberlehrer natürlich alle kannten, oder seinen Vater gekannt hatten, mit dem sie manchmal auf die Rehbockpirsche gegangen waren. Alle kamen dem wiedergekehrten Landsmann mit großer Herzlichkeit entgegen, alle freuten sich, daß wieder ein Kattenhauser eine gute Karriere gemacht, und das Anstoßen und Zutrinken wollte kein Ende nehmen. Da plötzlich wurde die Tür der Gaststube weit aufgerissen und ein hochgewachsener Mann in grüner Uniform trat ein, die Mütze auf das rechte Ohr gezogen, den dunklen Schnurrbart scharf aufgebogen und mit der nervigen Faust den schweren Hakenstock mit der eisernen Spitze auf den morschen Fußboden stoßend.

„Morjen, Oberförster, morjen, Oberförster", rief es von allen Seiten.

Der Oberförster trat an den Tisch und schüttelte allen die Hände in seiner kräftigen Art. Als er an Max kam, sah er ihm einen Augenblick in die Augen und schrie dann auf, daß die kleine Gaststube dröhnte:

„Na, da bist du ja, wir haben schon jeden Tag von dir gesprochen zu Haus, meine Alte und ich, seitdem es im Amtsblatt gestanden hat. Herrgott, Mensch, wie du dich herausgemustert hast. Was warst du ein zartes schmales Bübchen, als wir noch auf den stillen Kinzigwiesen Lapins geschossen haben." Dann klopfte er dem Direktor schwer auf die Schulter und fuhr fort: „Ordentlich hübsch geworden ist er, nicht wahr, Direktor?"

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

aller Nacktschaustellungen, die nicht wirklich künstlerisch sind, und aller Damenboxkämpfe, bei denen das künstlerische, sportliche oder artistische Interesse nicht vorliegt, zu erlassen. Gegen Zuwiderhandelnde soll mit sehr hohen Geldstrafen und mit Gefängnis bis zu drei Monaten vorgegangen werden. Auch auf Kabaretts und Theater soll diese Verordnung ausgedehnt werden, wenn die Polizei der Ueberzeugung ist, daß die Vorführungen geeignet seien, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl zu verletzen.

Die Besteuerung der landwirtschaftlichen usw. Betriebe.

Berlin, 27. Aug. Nach dem Gesetz über die Besteuerung der Betriebe haben die landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe für die Monate September 1923 bis einschließlich Februar 1924 eine am Ersten jeden Monats zuerst also am 1. September, fällig werdende Abgabe zu entrichten. Die Abgabe beträgt für je 2000 Mark des für das Grundstück festgestellten oder festzustellenden Wehrbeitragswertes **1,50 Mark in Gold monatlich.** Bei den verpachteten Grundstücken ist der Eigentümer und Pächter nur je zur Hälfte abgabepflichtig. Wird die Abgabe in Papiermark entrichtet, so ist sie mit dem für den Tag der Zahlung maßgebenden Umrechnungssatz zu vervielfältigen. Der Umrechnungssatz wird am Donnerstag einer jeden Woche bekanntgegeben werden und gilt vom Samstag derselben Woche bis Freitag einschließlich der folgenden Woche. Zahlungen, die bis einschließlich 31. August auf die Landabgabe geleistet werden, werden von den Finanzämtern zu dem Umrechnungssatz von 872 000 für eine Mark Gold angenommen.

Einigung über eine Lohnindexziffer.

Während in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Betrieben die Anpassung der Löhne und Gehälter in den letzten Wochen sich nach den verschiedensten Berechnungsmethoden bezogen hatte und dadurch manche unbillige Lohnfestsetzungen bewirkt worden sind, ist jetzt der von der Zentralarbeitsgemeinschaft eingesetzte **paritätische Ausschuß** zu einer Einigung über die Frage des Lohnindex gekommen. Als Grundlage der Meßzahl für die Anpassung der Löhne und Gehälter soll der Kleinhandelsindex dienen, doch sollen dabei auch der Staats- und der Großhandelsindex berücksichtigt werden. Sollte es sich herausstellen, daß die Kleinhandelspreise der Verbrauchswoche sich wesentlich höher stellen, als nach dem Dollarstand und den Großhandelspreisen zu erwarten war,. so soll durch Nachzahlung ein Ausgleich geschaffen werden, Der gemeinsame Ausschuß der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat ferner auch über die Frage des angemessenen Reallohnes verhandelt und ist auch hierin zu einer Uebereinstimmung gelangt. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage Deutschlands und der verminderten Produktion hält man zwei Drittel **des Friedenslohnes** als angemessene Grundlage für die Festsetzung der Tariflöhne.

Veränderungen in der Beamtenbesoldung.

Im Reichsfinanzministerium finden gegenwärtig eingehende Beratungen über eine Neugestaltung der Auszahlungsmethoden für die Beamtengehälter statt. Das bisher geübte System, die Beamtengehälter auf ein Vierteljahr im Voraus zu bezahlen das in der Besoldungsordnung festgelegt ist, läßt sich bei den heutigen schwankenden Währungsverhältnissen nicht aufrecht erhalten. Wenn die Beamten am ersten eines jeden Vierteljahres für die folgenden drei Monate ihr Gehalt erhielten, so ging ihre Sorge natürlich dahin, den **größten Teil des erhaltenen Geldes in Waren oder Effekten anzulegen,** um sich vor der Markentwertung zu schützen. Hierdurch wurden **gewaltige Preissteigerungen auf den Waren- und Effektenmärkten hervorgerufen, die ihrerseits zu neuen Lohnforderungen** und damit letzten Endes zu einer neuen Inflation führten. Da das Reich seinerseits aber bisher eine wertbeständige Anlagemöglichkeit nicht geschaffen hatte, andererseits der eine oder der andere Beamte nicht genügend wirtschaftlichen Spürsinn besaß, sein Geld auf irgend eine Weise vor Entwertung zu schützen, so sah sich die Reichsfinanzverwaltung gezwunegn, die Beamten für die inzwischen eingetretene Teuerung durch Nachzahlungen zu entschädigen. **Der allergrößte Teil der Beamtenschaft bekam,** da er sich selbst vor der Geldentwertung zum größten Teil gesichert hatte, durch dieses System der Gehaltsauszahlung **bedeutend mehr, als ihm eigentlich zustand.** Ueber die Höhe der Beamtengehälter soll hier nichts gesagt werden. Man könnte den Beamten den ihnen durch die bisherigen Zahlungsmethoden zugeflossenen Vorteil auch gönnen, wenn nicht die **Hauptbenachteiligten das Reich und alle übrigen Bevölkerungsschichten** wären, die in ihren Lohn- und Gehaltsbezügen nicht so bevorzugt sind. Dies wird auch in immer weiteren Kreisen der Beamtenschaft selbst eingesehen und die Hoffnung ist wohlberechtigt, daß sich der Uebergang zu neuen gerechteren Zahlungsmethoden ohne Reibungen vollziehen wird.

Bahn- und Posttarif nach Indexzahlen.

Die Verwaltung der Reichsbahnen hat jetzt, laut Voss. Ztg. **die Grundzahlen** oder Kilometermindestpreise festgesetzt. auf denen die jeweiligen Fahrpreise aufgebaut werden sollen. Die Kilometerpreise betragen darnach: 1. Klasse 1,8 Mark, 2. 0,9 Mark, 3. 0,3 Mark, 4. 0,2 Mark. Militär 0,2 Mark. Die Schnellzugszuschläge haben folgende Grundzahlen: 1. Klasse Zone 1 bis 75 Km. 3 Mark, Zone 2 bis 150 Km. 6 Mark, Zone 3 über 150 Km. 9 Mark; 2. Klasse: Zone 1 1,5 Mark, Zone 2 3 Mark, Zone 3 4,5 Mark; 3. Klasse: Zone 1 0,5 Mark, Zone 2 1 Mark, Zone 3 1,5 Mark. Für die Beförderung von Hunden wird der halbe Preis der 3. Klasse für Eil- und Personenzüge erhoben. Wie B. Z. aus dem Reichsverkehrsministerium erfährt, wird noch im Laufe des Montags der neue Multiplikator für den Güter- und Personenverkehr festgelegt. Man hat gewartet, weil man noch die neuen Kohlenpreise abwarten wollte. An zuständiger Seite wird eine Verdoppelung des Gütertarifs für angemessen erachtet, was einem Multiplikator von 2 400 000 gleich käme. Der bisher noch nicht bekannt gegebene Multiplikator der Personentarife betrug rund 150 000, die neue Schlüsselzahl soll etwa 600 000 betragen. was eine **Steigerung von 400 Prozent bedeuten würde.** Die neuen Tarife werden noch im Laufe des Montag bekannt gegeben, sie treten schon am Freitag in Kraft. Im übrigen tritt am 1. September auch ein neuer Posttarif in Kraft, der mit der Indexzahl von 750 000 arbeitet. Darnach dürfte eine Fernkarte 30 000 Mark, **ein Fernbrief 75 000 Mark,** die Ortskarte 15 000 Mark, ein Ortsbrief 37 500 Mark, eine Auslandskarte 135 000 Mark, ein Auslandsbrief 225 000 Mark kosten. Gewisse Abrundungen werden allerdings wohl noch vorgenommen werden.

Ueber Weltmarktpreis.

Berlin, 27. Aug. Wie die „Deutsche Allgem. Ztg." aus Hamburg, meldet, sind die Preise, insbesondere für **Lebensmittel so hoch, daß sie den Weltmarkt überschreiten.** Infolgedessen bitten die Kapitäne der Seedampfer, ihren Proviant anstatt in Brunsbüttelkoog schon im Auslande an Bord nehmen zu dürfen.

Schnell steigende Arbeitslosigkeit.

Berlin, 27. Aug. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger" steigt die **Zahl der Arbeitslosen in Sachsen täglich.** In Dresden hat sie bereits 200 000 überschritten und damit die Höchstzahl der Arbeitslosigkeit während der Demobilmachung erreicht. Mehr als tausend Anzeigen von Betriebsstillegungen sind bereits in diesem Monat beim Arbeitsministerium angemeldet.

Karlsruhe, 28. Aug. **Die Arbeitslage in Baden verschlechtert** sich auch weiterhin, und die Folgen sind mehr und mehr Kurzarbeit, Betriebsstillegungen, Arbeiterentlassungen, die sich auf fast alle Arbeitsmarktgebiete erstrecken. Betriebseinschränkungen mußten bei ungefähr 35 Betrieben vorgenommen werden.

Die reiche Ernte in Bayern.

München, 27. Aug. Laut einer Veröffentlichung des Statistischen Landesamts ist die diesjährige Getreideernte in Bayern der vorjährigen fast um die Hälfte überlegen, so daß wir also mit **einhalbmal soviel einheimischem Getreide** zu rechnen haben als voriges Jahr verfügbar war. Daraufhin erläßt der Oberbayerische Kreisbauernverband einen eindringlichen Mahnruf an die bayerische Landwirtschaft, daß sie sich bei den jetzigen katastrophalen Ernährungsschwierigkeiten ihrer Verantwortlichkeit bewußt sein möge. Halten wir unsere Produkte nicht mehr zurück, heißt es in dem Mahnruf, als es die Erhaltung unserer wirtschaftlichen Existenz erfordert.

Ludendorff klagt.

Berlin, 27. Aug. General Ludendorff hat gegen die sozialdemokratische Münchner Post Klage angestrengt, weil dieses Blatt ihn in einem **Artikel als den großen Kriegsverlängerer bezeichnet hatte.** Der Prozeß, der noch im September zur Verhandlung kommen wird, wird recht interessant werden, da das Münchner Blatt als Zeugen und Sachverständige eine Reihe bekannter Männer, wie den Prinzen Max von Baden, den letzten kaiserlichen Reichskanzler, ferner General Hoffmann, den österreichischen Generalfeldmarschall von Hötzendorff u. a. geladen hat.

Hinderburg, Ludendorff, Stinnes und Escherich.

München, 28. Aug. Am Samstag war Hindenburg zum Tee bei General Ludendorff, der den Feldmarschall in seinem

Die Bezugserneuerung

für Monat September eilt!

Im Interesse einer ununterbrochenen Zustellung wolle man bei den Austrägern oder dem Postamt

den Landboten sofort bestellen!

Hause mit Kuß und Handschlag empfing. Unter den Gästen war auch Stinnes und der Begründer der Orgesch, Forstrat Escherich.

Eine merkwürdige Entscheidung des Vatikans.

Frankfurt, 27. Aug. Die „F. Z." meldet aus Paris: Die Blätter melden, der französische Botschafter habe in einer persönlichen Demarche beim Vatikan durchgesetzt, daß die Aufsicht über die von französischen geistlichen Orden im Saargebiet gegründeten Schulen dem **der französischen Rheinarmee** zugeteilten Msgr. Reymond übertragen werden soll.

Das Urteil im Mordprozeß Baur.

München, 28. Aug. Das Volksgericht München verkündete heute nachmittag das Urteil im Mordprozeß Baur. Es wurden verurteilt der Angeklagte **Zwengauer wegen Mords zum Tode** unter dauernder Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, der Angeklagte Johann Berger wegen Vergehens der Begünstigung zu 6 Monaten Gefängnis abzüglich zwei Monate Untersuchungshaft, die Angeklagten Ernst Berger und Dr. Ruge werden von der Anklage des Mordes bezw. der Anstiftung hierzu freigesprochen. **Der Angeklagte Dr. Ruge** wird wegen Vergehens der Aufforderung zum Mord zu der Höchststrafe von **1 Jahr Gefängnis** abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft verurteilt. Der Angeklagte Ernst Berger wird auf freien Fuß gestellt. In der Begründung des Urteils heißt es u. a., daß der Angeklagte Zwengauer die Tat nicht in einem Affekt, sondern vorsätzlich und mit Ueberlegung nach einem genauen Plan ausgeführt habe.

Die schwere Krisis im Zeitungsgewerbe.

Appell an Leserschaft und Regierung.

Eisenach, 27. Aug. Die im **Verein deutscher Zeitungsverleger, Kreis Mitteldeutschland,** organisierten Zeitungsherausgeber traten gestern auf der Wartburg zu einer außerordentlich stark besuchten Hauptversammlung zusammen. Das Ergebnis der von O. Zweck (Bernburg) geleiteten langen und ernsten Beratungen war überaus entmutigend. Es wurde festgestellt, daß die Kapitalkraft und Betriebsmittel der Zeitungsunternehmungen nicht ausreichen, um die eingetretenen und bestimmt noch eintretenden Belastungen erstens an Löhnen, die auf Grund des Diktats des Reichsarbeitsministers, zum Teil mit der falschen Indexpolitik, **weit über die Goldmarkfriedenslöhne hinaus stiegen,** zweitens an Papierpreisen, die bei rücksichtslosen Zahlungsbedingungen in Goldmark zu entrichten sind, auch nur die allernächste Zeit hindurch zu tragen. Die Zeitungsverleger stehen auf dem Boden des Reichstarifs. Sie halten es aber als ehrliche Arbeitgeber für ihre moralische Pflicht, offen zu bekennen, daß sie die Arbeitskräfte ihrer Gehilfen unter den geltenden Tarifbedingungen nicht in Anspruch nehmen können, weil ihre Einnahmen die Lohnlasten nicht zu decken vermögen. Sie sehen deshalb nicht als Demonstration, sondern aus innerer Notwendigkeit sich gezwungen, **ihrem Personal zu kündigen oder die Kündigung zum nächsten Termin auszusprechen.** Die Zeitungen sind sich ihrer Verantwortung der Nation und Wirtschaft gegenüber bewußt. Sie werden nur im äußersten Notfalle zu Betriebsstillegungen schreiten, die aber unmittelbar bevorstehen, wenn nicht eine Erleichterung der bezeichneten Lasten eintritt und auch die **Leserschaft in vollem Maße Verständnis für die Notwendigkeit der Erhaltung einer selbständigen Presse bei den bevorstehenden starken Preissteigerungen für Abonnement und Anzeigen beweist.** — An den Reichsarbeitsminister und die zuständige Demobilmachungskommissare wird das Ersuchen gerichtet, die für die Stillegung der Betriebe vorgesehenen **vier Wochen Sperrfrist für die Zeitungen aufzuheben.** Vom Reichsfinanzminister wird erwartet, daß er mit der Organisation der Zeitungsverleger einen Weg findet, um die **Beschaffung des notwendigen Zeitungspapiers** noch zu ermöglichen.

Einstellung der Buchproduktion in Stuttgart.

Stuttgart, 26. Aug. Nach einer Meldung aus Stuttgart hat der Stuttgarter Verlegerverein eine Entschließung gefaßt. in der es heißt: Die ungeheuerliche Steigerung der Buchdruckerlöhne zwingt den **Verlagsbuchhandel, seine Produktion einzustellen.** Die Verleger sehen sich außerstande Betriebsmittel für die Anforderungen aufzubringen.

Aus Nah und Fern.

* **Sinsheim**, 28. Aug. (Frachtermäßigung für Kartoffeln.) Bezüglich der Kartoffelversorgung im kommenden Herbst ist besonders darauf hinzuweisen, daß auf den deutschen Reichsbahnen und auf mehreren deutschen Privatbahnen die, übrigens widerrufliche, Ausnahmetarife 13 für frische Kartoffeln als Stückgut und 10 für frische Kartoffeln in Wagenladungen gelten. Nach diesen Ausnahmetarifen wird für Stückgut nur ein Viertel für Wagenladungen nur etwa ein Fünftel bis ein Sechstel der regelrechten Frachten berechnet.

∾ **Eichtersheim**, 28. Aug. (Zu Kartoffeldiebstählen) kommen jetzt schon Leute von auswärts her. So erschienen hier ein Mann und zwei Frauen aus Mannheim, die über 2 Zentner Kartoffeln auf dem Acker stahlen und damit verschwanden. Sie wurden verfolgt und in Mühlhausen gestellt, wo ihnen die Kartoffeln wieder abgenommen werden konnten. Die Täter wurden verhaftet.

* **Rappenau**, 27. Aug. (Gemeindeumlage.) Infolge der katastrophalen Geldentwertung der letzten Wochen und die dadurch hervorgerufene große Mehrbelastung der Gemeindekasse sah sich der Gemeinderat in seiner am Samstag Abend stattgehabten Sitzung veranlaßt, die Umlage auf das 500fache des im Jahre 1922 erhobenen Umlagebetrages zu erhöhen.

= **Wimpfen**, 28. Aug. (Solbad Wimpfen.) Bei guter Witterung findet am nächsten Sonntag abend bei eintretender Dunkelheit die Beleuchtung des Mathildenbades und der Stadtsilhouette Wimpfen statt mit anschließendem Unterhaltungsabend im Mathildenbad. Der Reinertrag wird für Wohltätigkeitszwecke der Stadt Wimpfen zur Verfügung gestellt.

* **Eppingen**, 27. Aug. (Kraftpost.) Ab heute verkehren die Kraftposten Eppingen-Mühlbach und Eppingen-Rohrbach nicht mehr. Angeblich wegen Unrentabilität mußte die Oberpostdirektion zu dieser Maßnahme greifen.

)(**Nußloch**, 27. August. (Abgestürzt.) Beim Holzmachen auf einer hohen Tanne stürzte hier ein ungefähr 12jähr. Knabe ab. Er blieb mit einem doppelten Arm- und Oberschenkelbruch noch im Walde mehrere Stunden liegen, bis er aufgefunden wurde und ins akad. Krankenhaus nach Heidelberg verbracht werden konnte.

b **Heidelberg**, 28. Aug. (Der Wucherpolizei) angezeigt wurde ein Händler, der Zwetschgen zu 18 000 Mk. einkaufte und zu 40—50 000 Mk. wieder verkaufte. Aus einem Abteil 2. Klasse des Schnellzuges wurde auf der Fahrt nach Karlsruhe eine Handtasche mit 80 Millionen Mk. Inhalt gestohlen. — Hier ging ein Brillantring im Werte von 400—500 Millionen verloren, der vermutlich gefunden und unterschlagen wurde.

t **Weinheim**, 28. Aug. (Einbruch.) Während sich Bürgermeister Buegel auf Urlaub befindet, ist in seiner Wohnung ein Einbruch verübt worden. Was der Täter erbeutet hat, wird sich erst nach der Rückkehr des Bürgermeisters feststellen lassen. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur. Die Gendarmerie hat die Untersuchung in Händen.

= **Mannheim**, 28. Aug. (Selbsttötung.) Am 23. Aug. verübte ein in Waldhof wohnender, 24 Jahre alter, lediger Invalide dadurch Selbsttötung, daß er sich einen Schuß in den Kopf beibrachte, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Beweggrund dürfte Furcht vor Strafe sein.

= **Mannheim**, 25. August. (Verschiedenes.) Die Verhandlungen der Wirtekommission mit der Stadtverwaltung über die Getränkesteuer sind ergebnislos verlaufen. Die Wirte beschlossen daraufhin, von Montag ab sämtliche Hotels, Restaurants, Kaffees und Konditorelkaffees zu schließen, was durchgeführt worden ist. — Am heutigen Montag tritt ein neuer Straßenbahntarif in Kraft, wonach sich die kürzeste Strecke auf 200 000 Mk. stellt. — In einem hiesigen Wäschefabrikationsgeschäft war in den letzten Tagen eingebrochen und Wäschestücke im Werte von 13 Milliarden entwendet worden. — Hier wurde ein 25 Jahre alter Bauarbeiter von Oestringen wegen Preistreiberei verhaftet. Er betreibt seit etwa einem halben Jahre einen Handel mit Wurstwaren und Zigaretten und verkaufte dabei das Pfund Wurst zu 1 120 000 Mk., das er kurz vorher für 600 000 Mk. eingekauft hatte. — Der Polizeibericht sagt, daß ein Agent sich von einem Bankbeamten für die Vermittlung einer 2-Zimmerwohnung den Betrag von 100 Millionen Mk. bezahlen ließ, die er anfänglich sogar in Dollar wünschte. Er kam zur Anzeige.

t **Mannheim**, 27. August. (Verhüteter Eisenbahnunfall.) Durch die Besonnenheit des Bahnpersonals wurde gestern abend ein Eisenbahnunglück verhütet. Der Vorzug des fahrplanmäßigen Weinheimer Personenzuges, der um 8.45 abends hier einlief, wurde vom Bahnpersonal mit allen Mitteln etwa in der Höhe des früheren Milchbahnhofes plötzlich zum Halten gebracht. Wie das Mannheimer Tageblatt hört, stand ein Zug im Gleise, auf den der Vorzug aufgefahren wäre, wenn er nicht noch rechtzeitig zum Halten hätte gebracht werden können. — Kündigung in Mannheimer Druckereien. Wie die Volksstimme mitteilt, ist in einigen Druckereien dem Personal am Freitag gekündigt worden, weil die Löhne von den Druckereien angeblich nicht mehr aufgebracht werden können.

t **Mannheim**, 27. Aug. (Die Straßenbahn vor der Pleite!) Die Städtische Straßenbahn und die Oberrheinische Straßenbahngesellschaft kämpfen nach einer Mitteilung des Städtischen Nachrichtenamtes einen verzweifelten Kampf um ihre Existenz. Der Umfang der Betriebe ist schon so erheblich eingeschränkt worden, daß weitere Einschränkungen mit der Stillegung gleichbedeutend wären. Es wird versucht werden, von nächster Woche an durch eine weitere Steigerung der Fahrpreise die Stillegung zu vermeiden. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß durch eine Stillegung des Straßenbahnbetriebs die Heranbringung der Beamten und Arbeiter an die Werke zum Teil nicht mehr möglich wäre, und daß rund 1500 Personen der Straßenbahn teilweise brotlos würden.

∾ **Mannheim**, 28. Aug. (Blutige Schlägerei im Eisenbahnzuge.) Zu einer erregten Schlägerei kam es in der vergangenen Nacht gegen halb 12 in dem Personenzug Karlsruhe—Mannheim der Karlsruhe abends 10.12 verläßt, in einem Wagen vierter Klasse kurz hinter der Station Hockenheim, wobei das Mitglied der Lanzschen Feuerwehrkapelle Mül-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ler durch Schläge auf den Kopf blutig geschlagen wurde. Durch Ziehen der Notbremse kam der Zug sofort zum Stehen. Nachdem das Zugbegleitpersonal von dem Vorfall Kenntnis genommen hatte, wurde der Zug nach Hockenheim zurückgefahren, wo der Verletzte zurückgelassen wurde. In Schwetzingen war inzwischen die Gendarmerie alarmiert, die sofort eine Voruntersuchung des bedauerlichen Vorfalls vornahm. Der Mitreisenden bemächtigte sich große Erregung und der Zug kam mit erheblicher Verspätung in Mannheim an. Ueber die Gründe der Schlägerei, der, wie verlautet, bereits auf dem Bahnhof Hockenheim ein Zwischenfall vorausgegangen war, wird die Untersuchung aufklärend wirken.

Ein neuer schwerer Fall von Pilzvergiftung.
Eine Familie von 7 Personen gestorben.

Berlin, 28. Aug. Ein neuer Fall schwerer Pilzvergiftung hat sich heute im Osten Berlins zugetragen, nachdem schon vor 2 Tagen mehrere Personen nach dem Genuß giftiger Pilze gestorben waren. Nach dem Genuß von selbstgesuchten Pilzen, wahrscheinlich Wiesengrünlingen, erkrankten die Eheleute Heidenreich und ihre 5 Kinder an schweren Vergiftungserscheinungen und sämtliche 7 Personen starbrn bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus. Außerdem sind 2 Kinder einer anderen Familie gleichfalls nach dem Genuß von Pilzen gestorben. Ein drittes Kind, dessen Mutter ebenfalls bedenklich krank darniederliegt, liegt im Krankenhaus am Sterben. Auch hier handelt es sich um Pilzvergiftungen.

Wirtschaftliche Rundschau
des „Landboten".

Nach dem Stande vom 26. August 1923. (Nachdruck verboten.)

Allgemeine Lage. Die Lage spitzt sich von Tag zu Tag weiter zu. Preiserhöhung folgt auf Preiserhöhung. Eigentlich ist zu verwundern, wie lange schon die deutsche Volkswirtschaft die Abtrennung wichtigster Wirtschaftsgebiete zusammen mit der Zerrüttung des Geldwesens ertragen konnte, ohne dem Chaos zu verfallen. Ob die beschlossenen umfassenden Maßnahmen der Regierung zur Behebung der wirtschaftlichen Not noch rechtzeitig genug kommen, muß schon die nächste Zukunft zeigen.

Staatswirtschaft. Am 31. März 1914 hatten wir eine Gesamt-Reichsschuld von 4918 Mill Mark; 30.. 9. 20. 242 699 Mill.; 30. 9. 22: 592 793 Mill.; 30. 7. 23. 60 819 487 Mill.; 10. 8. 23. 110 681 350 883 Mill. Vom 1.—10.. August vermehrte sich die Schuld um täglich 6 Bill. Die tägliche Banknotenproduktion wird gegenwärtig mit 46 Billionen Mark angegeben.

Geldmark. Die katastrophale Entwertung der Mark nahm immer schärfere Formen an, ohne daß ein besonderer erkennbarer Anlaß vorliegt. Die Entwertung dürfte zum großen Teil auf französische Machenschaften zurückzuführen sein, die einen Teil des französischen Programms zur Zermürbung der deutschen Widerstandskraft bilden. Aber auch die Meldungen über die weitere Verschlechterung unserer staatsfinanziellen Lage sowie die trüben inner- und außenpolitischen Aussichten werden den unberechtigten Pessimismus in unsere Währung im Ausland verschuldet haben. — Die Zeichnungen auf die wertbeständige Anleihe des Reiches laufen in befriedigender Weise ein, namentlich ist in den letzten Tagen das Ergebnis als besonders günstig zu bezeichnen.

Börse. Die von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen auf wirtschaftlichem und finanzpolitischem Gebiet haben etwas ernüchternd auf die Börse gewirkt.

Handel, Gewerbe und Industrie. Die wirtschaftliche Katastrophe scheint zuerst das deutsche Zeitungsgewerbe zu erfassen. Der größte Teil der Betriebe steht vor der Stillegung. — Auch im deutschen Buchhandel droht der Zusammenbruch. Der Absatz wissenschaftlicher Werke hat so gut wie aufgehört. — Von der Industrie ist die Textilindustrie von der Krisengefahr am meisten bedroht. — In der Schuhindustrie liegt das Geschäft ziemlich still. — In kürzester Zeit wird nur noch der Export die deutsche Wirtschaft aufrecht erhalten können. Das Inlandgeschäft geht zugrunde.

Warenmarkt. Da die Aussichten über die weitere Gestaltung des Wirtschaftsverlaufes mehr als ungewiß sind, setzt auf seiten der Verkäufer eine Warenzurückhaltung ein, die verhängnisvolle Folgen bereits jetzt zeigt und die zu Ergebnissen führen kann, die alles andere als förderlich für die Wirtschaft sein können. — Der Großhandelspreis für Zucker wurde von 750 000 auf 12 Mill. für 1 Ztr. heraufgesetzt. Weitere Erhöhung steht bevor. — Die Preise für Häute sind sprunghaft gestiegen, nicht nur im Rahmen der Geldentwertung, sondern bis über die Weltmarktbasis hinaus. — Am Ledermarkt ist das Geschäft äußerst still geworden.

Ausstellungen und Messen. Für die Gesellschafts-Sonderzüge zur Leipziger Messe wird eine starke Fahrpreisermäßigung bewilligt. Zur Messe wird Notgeld ausgegeben. — Die Mannheimer Erfinder-Messe wird vom 7. bis 13. September abgehalten. — Die Königsberger Ostmesse hat sehr großen Erfolg gehabt. Die Randstaaten besonders Litauen, waren zahlreich vertreten und es entfaltete sich eine rege Einkaufstätigkeit. — Die norwegische Mustermesse wird vom 2. bis 9. September in Christiania abgehalten. — In Rio de Janeiro wurde die Jahrhundertausstellung nach zehnmonatlicher Dauer geschlossen. Sie wurde von 3 626 402 Personen besucht. Deutschland, Oesterreich und Japan hatten nicht ausgestellt.

Landwirtschaft. Zahlreicher Strichregen hat vielerorts die Ernteaussichten sehr gefördert. Der Kartoffelertrag wird das günstige Ergebnis des Vorjahres nicht erreichen. Aeußerst erfreulich sind die Aussichten für das Getreide, hauptsächlich in Bayern, in der Lüneburger Heide und in Mecklenburg. Rüben und andere Hackfrüchte haben sich gut erholt. Klee- und Luzernefelder haben gute Erträge geliefert. Auch Wein und Tabak zeigen im Stand merkliche Besserung.

Produktenmarkt. Die Preise bewegen sich automatisch mit den Devisen. Mitte der letzten Woche waren die Durchschnittspreise in Mittel- und Norddeutschland: Weizen 9,9—10, Roggen 5,7—6,2, Hafer 7,7—8,2, Gerste 7,2—8, in Süddeutschland: Weizen 9,8—10,5, Roggen 6,8—7,5, Hafer 7—7,5, Gerste 6,9—7,5. Die neue Ware ist tadelfrei. — Im Weinverkehr gehen die Preise unaufhaltsam nach oben. — Die Tendenz am Nürnberger Hopfenmarkt ist fest. Höchsterzielter Preis der letzten Woche 220 Mill. Mark.

Viehmarkt. Auf allen Schlachtviehmärkten gehen die Preise bei ungenügenden Zufuhren rapid in die Höhe.

Lebenshaltung. Die Teuerung arbeitet mit derartigen Wahnsinnszahlen, daß es bald nicht mehr verwunderlich erscheint, wenn die Kräfte des Volkes zu einer aufbauenden Arbeit versagen. Das bescheidenste Mittagessen einer vierköpfigen Familie kostet heute bereits über eine Mill. Selbst die reichsten Leute werden bald auf jeglichen Luxus verzichten müssen.

Verkehr. Wegen Verteilung der Ernte werden im Personenverkehr der Reichsbahn baldige Einschränkungen zu erwarten sein. — Deutschland hat bis heute wieder die Hälfte seiner früheren Handelsflotte errungen. Zugleich rückt es damit zur 7. Stelle unter den Schiffahrt treibenden Staaten empor, während es vor dem Kriege an 3. Stelle stand.

Ausland. Der letzte Ausweis zeigt eine weitere Verminderung des Banknotenumlaufes in Oesterreich um 86,2 Milliarden Kr. — In der Zeit vom 14. Juli bis 12. August sind 916 österreichische Staatsangestellte infolge der Abbauaktion entlassen worden. — Die Arbeitslosenziffer in Oesterreich ist im weiteren Zurückgehen. — Auch Frankreich bereitet sich bereits auf den Uebergang zur Goldrechnung vor. — Italien will künftig zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit alle Gesuche ausländischer Angestellter um Einreisebewilligung ablehnen.

Neueste amtliche Kurse
vom 27. August 1923.

Mitgeteilt von der Bankfirma Max Meyer, Filiale Sinsheim.

Anleihen:

5% Dtsch. Reichsanleihe	5000%
Dt. Sparprämienanleihe	50000%

Bankaktien:

Darmstädter Bank	7 250 000%
Deutsche Bank	9 500 000%
Dresdner Bank	5 300 000%
Rhein. Creditbank	1 700 000%
Südd. Discontoges.	4 500 000%

Industrieaktien:

Adlerwerke Kleyer	2 800 000%
Allgem. Elektr.-Ges.	8 750 000%
Bad. Anilin	17 500 000%
Chem. Griesheim	15 000 000%
Daimler Motoren	2 300 000%
Elektr. Licht u. Kraft	5 750 000%
Fuchs Waggon	2 700 000%
Heidelberger Cement	5 500 000%
Höchster Farben	14 000 000%
Karlsruher Maschinen	4000 000%
Knorr Heilbronn	3 500 000%
Neckars. Fahrzeugw.	4 500 000%
Zellstoff Waldhof	8 000 000%
Zuckerfabr. Heilbronn	5 500 000%
„ Waghäusel	5 500 000%

Schiffahrtsaktien:

Hapag	39 300 000%
Nordd. Lloyd	10 100 000%

Freiverkehrswerte:
vom 28. August.

Benz Motoren	5 900 000%
Germania Linoleum	9 000 000%
Gummiwerke Neckar	310 000%
Hohenlohe Nährmittel	3600 000%
Kaiser Otto	3 600 000%
Lauffener Cement	3 500 000%
Maschbauges. Heilbr.	1 500 000%
Saline Ludwigshalle	9 250 000%
Ufa	2 000 000%

Devisenkurse:
vom 28. August.

New-York 1 Dollar	= M. —
Holland 1 Gulden	= „ 2 716 775
Schweiz 1 Franc	= „ 1 246 800
London 1 Pfund	= „ 28511 250
Paris 1 Franc	= „ 396 000

Berliner Metallmarkt:

Elektrolytkupfer	Mk. 2 121 900
Raffinadekupfer	„ 2 100 000
Hüttenweichblei	„ 850 000
Zinn, Banka	„ 6 400 000
Hüttenrohzink	„ 1 050 000

für 1 Kilo.

Hamburger Metallmarkt:

Silber per Kilo	Mk. 13 750 000
Gold in Barren p. Gr.	—
Platin per Gramm	—

Reichsbankdiskont	30%
Reichsbanklombard	31%
Goldfr. Fr. 20 =	24 000 000 M.
Goldzollaufg.	87 189 900 v. H.
Goldankaufspreis 1 kg	6405 f.
Silberankaufspreis	300 000 f.

Feurio
Feurio sieht nach Jahren noch genau so aus wie im frischen Zustande. Kernseifen schrumpfen zusammen und werden unansehnlich.
Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.-G.

Amtliche Bekanntmachungen.

Nr. 66 Neufestsetzung der Hundertsätze.

Die Entschließung des Bezirksrates vom 10. Juli 1923 tritt mit Wirkung vom 31. August außer Kraft.

Die Hundertsätze für die Abzüge, sowie für die Zuschläge werden mit **Wirkung vom 1. September 1923** gemäß §§ 2, 3, 7, 10 und 11 des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922 in Verbindung mit §§ 5 II, 9, 13, 15, 17, 18 und 21 Abs. 2 der bad. Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz vom 24. Juni 1922 wie folgt festgesetzt:

I. Abzüge (von der Friedensmiete)
für Betriebs- und laufende Instandsetzungskosten zur Ermittelung der Grundmiete 10%

II. Zuschläge (zu der Grundmiete) zur Berechnung der gesetzlichen Miete

1. Für Steigerung der Zinsen einer in der Vorkriegszeit vorhandenen Belastung der Grundstücke 130%

2. Betriebskosten
a) Verwaltungskosten 100 000%
b) sonstige Betriebskosten
(a Staatssteuer, b Gemeindeumlagen c Kirchensteuer, d Kreissteuer, e Feuerversicherung, Nachzahlungen zu a u. e) 99 870%
199 870%

3. Laufende Instandsetzungskosten: 1 800 000%

4. Große Instandsetzungskosten (soweit ihre Erhebung von den Gemeindebehörden Gemeinderat beschlossen wird) 500 000%

Somit Gesamtsumme der Zuschläge zur Grundmiete 2 500 000%

III. Gewerbezuschlag nach § 10 Abs. 2 d. R. M. G.

a) für Räume, deren Zweckbestimmung von vorn herein darauf gerichtet war, gewerblichen Zwecken zu dienen, und die zur Verwendung für solche Zwecke ursprünglich hergestellt wurden, oder

b) für Räume, die ursprünglich anderen Zwecken dienten, nunmehr mit Zustimmung der Gemeindebehörde aber für gewerbliche Zwecke verwendet werden bis zu 2 000 000% der Grundmiete.

Die Festsetzung ist ohne Wohnungsabgabe, Kaminreinigung und Wasserzins zu verstehen.

A. Werden vom Gemeinderat die großen Instandsetzungskosten beschlossen, so beträgt die gesetzliche Miete das 25 000fache der Grundmiete.

Werden vom Gemeinderat die großen Instandsetzungskosten nicht beschlossen, wie z. B. bisher in Sinsheim, so beträgt die gesetzliche Miete das 20 000fache der Grundmiete.

B. Handelt es sich um Mieten für Räume, in denen der **gewerbliche Betrieb** ausgeübt wird, so kann der Vermieter wegen der verstärkten Abnützung, der diese Räume unterworfen sind, für **diese Räume**, nicht dagegen für die übrigen von dem Unternehmen zu anderen Zwecken, wenn auch im gleichen Mietvertrag gemieteten Räume, insbesondere Wohnung, das 45 000fache, bezw. wenn die großen Instandsetzungskosten nicht beschlossen sind, das **40 000fache der Grundmiete** fordern.

Sinsheim, den 28. August 1923. **Bad. Bezirksamt.**

Brotversorgungsabgabe.

Der erste Teil der Brotversorgungsabgabe — das ist der zehnfache Betrag der Zwangsanleihe — war bereits am 1. August ds. Js. fällig gewesen. Die Abgabepflichtigen werden aufgefordert, die fällig gewordenen Beträge alsbald an der Kasse des unterzeichneten Finanzamts zu entrichten oder auf bargeldlosem Wege (Postscheckkonto 2133) dahin abzuliefern. Geschieht die Zahlung nicht, so müßte die Zwangsvollstreckung angeordnet werden. Eine persönliche Mahnung des einzelnen Pflichtigen erfolgt nicht.

Erfolgt die Zahlung nicht rechtzeitig, so ist unbeschadet der alsbaldigen Zwangsvollstreckung für jeden **halben** Monat der Versäumnis ein Zuschlag in Höhe des 4fachen des rückständigen Betrages zu entrichten.

Sinsheim, den 27. August 1923. **Finanzamt.**

Zahlung der Rhein- und Ruhrabgabe.

Nach dem Gesetz vom 11. August 1923 über die Erhebung einer außerordentlichen Abgabe aus Anlaß der Ruhrbesetzung ist der erste Teil der Rhein-Ruhrabgabe am 25. August 1923 fällig. Die Abgabepflichtigen werden aufgefordert, die fälligen Beträge alsbald an die zuständigen Steuereinnehmereien zu entrichten. Auch ist die Einzahlung an die Finanzkasse Sinsheim — Postscheckkonto 2133 — statthaft.

Geschieht die Zahlung nicht, so müßte die Zwangsvollstreckung angeordnet werden.

Eine persönliche Mahnung des einzelnen Steuerpflichtigen findet nicht statt.

Erfolgt die Zahlung nicht rechtzeitig, so ist — unbeschadet der alsbaldigen Zwangsvollstreckung — für jeden halben Monat der Versäumnis ein Zuschlag in Höhe des 4fachen des rückständigen Betrages zu entrichten.

Sinsheim, den 27. August 1923. **Finanzamt.**

Erhöhte Vorauszahlung auf die Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1923.

Die auf 25. August ds. Js. geschuldete erhöhte Vorauszahlung auf die Einkommensteuer für 1923 wird den Pflichtigen durch ein besonderes Benachrichtigungsschreiben bekannt gegeben werden.

Die Beträge, müssen bei der zuständigen Steuereinnehmerei einbezahlt werden.

Geschieht die Zahlung nicht, so müßte die Zwangsvollstreckung angeordnet werden.

Eine persönliche Mahnung des einzelnen Steuerpflichtigen findet nicht statt.

Erfolgt die Zahlung nicht rechtzeitig, so ist — unbeschadet der alsbaldigen Zwangsvollstreckung — für jeden **halben** Monat der Versäumnis ein Zuschlag in Höhe des 4fachen des rückständigen Betrages zu entrichten.

Sinsheim, den 27. August 1923. **Finanzamt.**

Ausgabe von Notgeld.

Zur Linderung der immer noch andauernden Zahlungsmittelnot geben wir weiter Gutscheine über Zehn- und Zwanzig Millionen Mark aus, die von allen Reichsbahn- und anderen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen werden. Papiergröße 85 × 143 Millimeter. Wasserzeichen: fortlaufend gewürfeltes Bandmuster. Die Zehnmillionenscheine sind beiderseits stahlgrau, die Zwanzigmillionenscheine beiderseits lachsrot bedruckt. Auf der Vorderseite rechts Wertangabe in Zahlen, in der Mitte in Worten, darunter Gültigkeitsvermerk, Datum und Unterschrift des Präsidenten, alles in dunklem Aufdruck, links oben Nummerbezeichnung rot. Auf Rückseite in der Mitte Wertangabe in Zahlen.

Karlsruhe, 24. August 1923.
Reichsbahndirektion.

Tüchtiges
Alleinmädchen
in kleinen Haushalt nach Mannheim per sofort oder später bei gutem Lohn gesucht. Zu erfragen unter Nr. 669 beim Landboten.

Achtung!
„Lanz"-Centrifugen
liefert preiswert
Herm. Reichensperger
Vertretungen
Mannheim, Eichelsheimerstr. 49.

Landwirte!
Gebt den Kühen **Mutpulver** nach Vorschrift. Wichtig bei Rinderzucht. Zu haben bei
A. Engel, Engel-Drogerie.

Frachtbriefe empfiehlt die **Gottlieb Becker'sche Buchdruckerei.**

Schriftleitung: H. Becker; Druck und Verlag: G. Beckersche Buchdruckerei in Sinsheim.